

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**Nationales Netzwerk Frauen und Gesundheit c/o
Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für
Sozialmedizin e. V.
Fenskeweg 2
30165 Hannover**

**Ute Dr. Sonntag
E-Mail: kontakt@nationales-netzwerk-frauengesundheit.de
Telefon: 0173 8827978**

Wahlprüfsteine
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Postanschrift:
Postfach 21 100, 10178 Berlin

Mail: wahlpruefsteine@die-linke.de

Web: www.die-linke.de

Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 13 22 57 31
BLZ 100 500 00

IBAN: DE96 1005 0000 0013 225731
BIC: BELADEBEXX

Betr.: Antworten DIE LINKE Wahlprüfsteine

Berlin, den 10.08.2021

Was wird Ihre Partei tun, um die gravierenden Forschungsdefizite zur Gesundheit von Frauen in prekären Lebensverhältnissen zu beheben? Wird sich Ihre Partei für eine systematisch angelegte, auch für die vulnerablen Gruppen repräsentative Forschung zur Frauengesundheit einsetzen?

Der sogenannte Gender Health Gap ist ein gravierendes Problem, das selbst wiederum Symptom einer patriarchal denkenden Gesellschaft bzw. globalen Wissenschaft ist. Wir wollen einen geschlechtersensiblen Blick auf Gesundheit und Krankheit in Forschung und Fortbildung fördern. DIE LINKE unterstützt die Forderungen im Rahmen der "forschungsorientierten Gleichstellung" der DFG. Forschung, die durch die öffentliche Hand beauftragt oder finanziert wird, muss, ähnlich dem gender budgeting, Wissen über die Gesundheit von Frauen und marginalisierten Geschlechtern, sicherstellen. Der Einfluss prekärer Lebensverhältnisse auf die Gesundheit ist ein Kernthema der LINKEN und wird ebenfalls intersektional mit Geschlechterverhältnissen betrachtet. Intersektionalität muss mehr Platz in der Forschung finden.

Wie wird Ihre Partei das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung, auf evidenzbasierte Gesundheitsinformationen über Verhütungsmittel und die Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln umsetzen?

DIE LINKE hat sich Reproduktive Gerechtigkeit zur Aufgabe gemacht. Reproduktive Selbstbestimmung ist ein Hauptbestandteil davon. Zugang zu evidenzbasierten Informationen muss in allen Gesundheitsfragen gesichert sein - so auch über Verhütungsmittel. Wir fordern die Kostenübernahme aller Verhütungsmittel für alle Menschen durch die Krankenkassen, da wir Verhütung als grundlegenden Gesundheitsbedarf verstehen.

Wie wird Ihre Partei den Maßnahmenkatalog des Nationalen Gesundheitsziels "Gesundheit rund um die Geburt" strukturell verankern, eine respektvolle und gewaltfreie Geburtskultur etablieren und die Geburtshilfe finanziell sichern?

Die Geburtshilfe befindet sich, wie der gesamte Gesundheitssektor, in einer prekären Verfassung, da sie wirtschaftlichen Zwängen unterworfen wurde. Darunter leiden Schwangere, Neugeborene und Angestellte. Unser Ziel ist eine eins-zu-eins Betreuung von Hebammen zu Schwangeren unter der Geburt. Hierfür muss das Finanzierungssystem über Fallpauschalen abgeschafft und durch eine bedarfsgerechte Finanzierung über die Krankenkassen ersetzt werden. Hebammen können auch, wie in den Niederlanden, im gesamten Schwangerschaftsverlauf erste Ansprechpartnerinnen für Schwangere sein.

Wie wird Ihre Partei das Recht auf selbstbestimmte Entscheidung über eine Schwangerschaft und das Recht auf ungehinderten Zugang zum Schwangerschaftsabbruch sowie auf eine hohe Qualität der Versorgung entsprechend den Internat. Verträgen zu sexuellen/reproduktiven gesundheitsrechten (SRHR) umsetzen?

DIE LINKE fordert die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219. Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der Gesundheitsversorgung und müssen wie andere medizinische Leistungen geregelt werden. Also solche müssen sie nicht nur legal, sondern auch tatsächlich zugänglich sein. Hierfür schaffen wir den Beratungszwang und die Wartefrist ab, erweitern gleichzeitig aber das evidenzbasierte Beratungsangebot. Der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen muss wohnortnah und barrierefrei möglich sein. Öffentliche Krankenhäuser müssen in ihrer Planung dafür sorgen, dass die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen gesichert ist. Die nötige fachliche Ausbildung dafür muss zum Teil des Medizinstudiums werden.

Wie wird Ihre Partei die Thematik Gewalt gegen Frauen und Mädchen mehr als bislang in allen gesundheitsbezogenen Fachberufen systematisch verankern und die bestehenden Defizite in der medizinischen, psychotherapeutischen und sozialen Versorgung von gewaltbetroffenen Frauen beheben?*

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist nicht nur ein innenpolitisches und sicherheitsrelevantes Thema, sondern auch ein "Gesundheitsproblem von epidemischem Ausmaß" (WHO). Frauen und Mädchen brauchen barrierefreien Zugang zu medizinischer, psychosozialer und sozialer Beratung und Hilfe im konkreten Fall. DIE LINKE setzt sich für die Umsetzung der Istanbul-Konvention in allen Bereichen ein. Dies umfasst die Einrichtung einer Koordinierungs- und Monitoringstelle, Schulung von Polizei, Justiz und Personen im Gesundheitssektor, sowie den Ausbau von Beratungsstellen und Hilfsangeboten wie Frauenhäusern und Schutzwohnungen.

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die Geschlechterperspektive im Arbeitsschutz und in der betrieblichen Gesundheitsförderung wirksam zu implementieren?

DIE LINKE stärkt Gleichstellungsbeauftragten mit einem erweiterten Klagerecht de Rücken. Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz sollen ganzheitlich und geschlechtersensibel betrachtet und verhütet werden. Betriebsräte müssen dafür mehr Rechte bekommen um Abhilfemaßnahmen auch durchzusetzen. Wir brauchen ein Recht auf familienfreundliche Arbeitszeiten, vorübergehende Arbeitszeitreduzierung sowie für alle Beschäftigten einen Rechtsanspruch auf eine sechswöchige Pflegezeit mit Lohnfortzahlung durch die Arbeitgeber*innen.

Wie wird Ihre Partei die Integration geschlechtersensibler Lehrinhalte in Gesundheits- und medizinischen Berufen unterstützen und fördern?

Bereits in § 2b SGB V ist klargestellt, dass Leistungen der Krankenkassen geschlechtsspezifischen Besonderheiten Rechnung tragen müssen. Dieses Versprechen kann natürlich nur erfüllt werden, wenn Gesundheitsberufe dies in ihren Lehrplänen verankert haben. Die entsprechenden Berufsgesetz samt zugehöriger Rechtsverordnungen sind entsprechend der vielen Berufe stark zerklüftet. Wir unterstützen die Forderung von ver.di, möglichst ein einheitliches Gesundheitsberufegesetz zu schaffen, um für möglichst viele Gesundheitsberufe hier mit einer einzigen Stellschraube solche Inhalte in allen Berufen verpflichtend zu machen. Solange diese Forderung nicht erfüllt ist, unterstützen wir natürlich die Aufnahme der Geschlechtersensibilität in die Berufsgesetze bzw. in die Verordnungen der Bundesregierung.